

1. Beachclub Kiel e.V.

Satzung

Stand 24.10.2024

§ 1 Gründung, Name, Sitz und Gerichtsstand

1. Der Verein führt den Namen „1. Beachclub Kiel e.V.“, abgekürzt „1. BCK“.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Kiel und ist im Vereinsregister beim Amtsgericht Kiel einzutragen.

§ 2 Zweck und Ziele

1. Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports, im genaueren des Beachvolleyballs und anderer Sand- und Trendsportarten.
2. Mittel zur Erreichung des Zwecks sind
 - die Förderung der körperlichen und sozialen Entwicklung der Mitglieder aller Altersgruppen und jeden Geschlechts.
 - die Durchführung von regelmäßigen Sportübungen, von Kursen und öffentlichkeitswirksamen Sportveranstaltungen.
 - die Förderung von Beachvolleyballteams im Leistungssportbereich
 - die Förderung von Nachwuchsbeachvolleyball in Breiten- und Leistungssport
 - neben dem Einsatz die Aus- und Fortbildung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern und von anderen ehrenamtlichen, nebenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.
 - die Verwaltung und Pflege der vereinseigenen- und durch den Verein genutzten/gepachteten Sportanlagen.
 - die Förderung von integrativen und inklusiven Programmen.

Der Verein ist geschlechtlich, politisch und religiös neutral. Der Verein ist geschlechtlich, parteipolitisch und religiös neutral. Der Verein bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Er vertritt den Grundsatz religiöser, weltanschaulicher und ethnischer Toleranz. Der Verein wendet sich gegen Rassismus und jede Form von politischem Extremismus. Er tritt rassistischen, verfassungs- und fremdenfeindlichen Bestrebungen sowie jeder Form von Gewalt, unabhängig davon, ob sie verbaler, körperlicher, seelischer oder sexualisierter Art ist, entgegen.

Die Vereinsmitglieder fühlen sich ihrer Umwelt in besonderer Weise verbunden.

§ 3 Gemeinnützigkeit, wirtschaftliche Grundsätze und Datenschutz

1. Der Verein verfolgt die in § 2 genannten gemeinnützigen Zwecke ausschließlich und unmittelbar im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel des Vereins dürfen nur den satzungsmäßigen Zwecken zugeführt werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
4. Die Begünstigung von Personen durch Ausgaben, die nicht den Zwecken des Vereins entsprechen oder durch unangemessen hohe Vergütungen ist unzulässig.
5. Bezahlte Mitarbeit im Verein ist zulässig.
6. Für den Verein ehrenamtlich tätigen Personen kann neben dem nachgewiesenen Auslagenersatz für ihre Tätigkeit eine pauschale Vergütung im Rahmen des § 3 Nr. 26a EStG (Ehrenamtpauschale) gewährt werden. Soweit Vorstandsmitglieder betroffen sind,

entscheidet über die Höhe der Pauschale die Mitgliederversammlung; für andere Personen entscheidet der Vorstand.

7. Die Kassenprüfung umfasst in jedem Jahr die Einnahmen und Ausgaben, die Rechnungslegung und die satzungsmäßige Verwendung der Mittel. Zu diesem Zweck haben die mit der Kassenprüfung Beauftragten Zugang zu allen Informationen, die sie für ihre Tätigkeit benötigen. Über vorgefundene wesentliche Mängel müssen sie unverzüglich den Vorstand unterrichten. Die mit der Kassenprüfung Beauftragten erstatten der Mitgliederversammlung einen Prüfbericht.
8. Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen persönliche Daten im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und darüber hinaus zur Kenntnis gelangen, sind zur Verschwiegenheit nach den Datenschutzbestimmungen verpflichtet.

§ 4 Verbandsmitgliedschaften

1. Der Verein ist Mitglied der zuständigen Landes- und Fachverbände, deren Sportarten betrieben werden. Als Mitglied der Verbände ist er auch deren Satzungen unterworfen. Der Verein und seine Mitglieder verpflichten sich, die von den Verbänden im Rahmen ihrer Befugnisse erlassenen Beschlüsse zu befolgen, ihre Entscheidungen anzuerkennen und die in den Statuten gegebenenfalls vorgesehenen Verträge zu schließen.
2. Um die Durchführung der Vereinsaufgaben zu ermöglichen, kann der Vorstand den Eintritt in Bünde, Verbände und Organisationen und über den Austritt aus dieses beschließen.

§ 5 Anstellungen und Arbeitsverhältnisse

1. Bezahlte Mitarbeit im Verein ist zulässig
2. Über Vergütungen von Mitarbeitenden entscheidet der Vorstand. Sie sind in marktüblichen Verhältnissen anzusetzen.
3. Zuständig für den Abschluss, die Änderung und die Beendigung von Arbeitsverträgen ist der Vorstand.
4. Zuständig für den Abschluss, die Änderung und die Beendigung von Arbeitsverträgen von Vorstandsmitgliedern ist der Beachrat.
5. Bei Abschlüssen von Arbeitsverträgen, die über eine geringfügige Beschäftigung hinausgehen, benötigt der Vorstand die Zustimmung des Beachrats.

§ 6 Mitgliedschaft

1. Die Mitglieder bekennen sich zum Vereinszweck und den Vereinszielen. Sie verpflichten sich, die Vereinssatzung sowie Ordnungen und Beschlüsse, die nicht Satzungsbestandteil sind, zu beachten.
2. Die Mitgliedschaft wird schriftlich durch einen Antrag auf Aufnahme beantragt.
3. Ordentliche Mitglieder und außerordentliche Mitglieder können natürliche Personen werden. Bei Minderjährigen ist für den Antrag die Zustimmung der gesetzlichen Vertreter erforderlich. Diese haften bis zum Erlangen der Volljährigkeit des Kindes für die Beitragsverpflichtung selbstschuldnerisch. Der Vorstand hat das Recht, die Aufnahme ohne Angabe von Gründen abzulehnen.
4. Außerordentliche Mitglieder sind sportinteressierte natürliche Personen, die den Verein gemäß näherer Regelung in der Beitragsordnung befristet kennenlernen.
5. Korporative Mitglieder können juristische Personen sein. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.
6. Die Aufnahme in den Verein gilt als angenommen, wenn das Mitglied eine Eintrittsbestätigung erhält.

7. Die Höhe des Beitrages besteht aus Grundbeiträgen und gegebenenfalls spartenbezogenen Zusatzbeiträgen.
Details sind in einer Beitragsordnung durch den Vorstand zu regeln. Dabei muss zwingend der nachhaltige wirtschaftliche Bestand des Vereins berücksichtigt werden. Leitgedanke soll eine gerechte und sozial verträgliche Beitragsermittlung sein. Die Mitgliederversammlung entscheidet über die Höhe der Grundbeiträge und den Aufnahmebeitrag in den Verein. Der Vorstand entscheidet zusammen mit der jeweiligen Spartenleitung einvernehmlich über die Erhebung von spartenbezogenen Zusatzbeiträgen (Aufnahmebeiträge, Spartenbeiträge, Turnierbeiträge).
Ehrenmitglieder sind auf Antrag beitragsfrei zu stellen.
Für leistungsfähige korporative Mitglieder kann in einem individuellen Mitgliedsvertrag befristet oder unbefristet ein individueller Beitrag erhoben werden.
9. Alle Mitglieder haben grundsätzlich ein Recht auf Teilnahme am Sportangebot und den Veranstaltungen des Vereins. Soweit der sportliche Betrieb aus organisatorischen Gründen Beschränkungen notwendig macht, kann das Recht zur Teilnahme mit allgemeingültigen Regelungen eingeschränkt werden.
10. Für die Mitglieder kann der Verein direkt oder als Mitglied in Verbänden eine Versicherung abschließen. Ist dies der Fall, können Mitglieder bei entsprechenden Voraussetzungen die Leistungen dieses Versicherungsschutzes in Anspruch nehmen. Die Leistungsvoraussetzungen und der Versicherungsumfang sind den Mitgliedern auf Anfrage bekannt zu machen.
Ansonsten und dar-über hinaus haftet der Verein gegenüber seinen Mitgliedern für Schäden aller Art in seinem Wirkungskreis - auch bei Fahrlässigkeit seiner Beauftragten - nicht. Für das Abhandenkommen von Geld und Gegenständen und für Schäden an und durch Sachen in den vom Verein genutzten Anlagen oder bei Vereinsveranstaltungen wird kein Ersatz geleistet.
11. Verursacht ein Mitglied Schäden am Vereinseigentum oder am Eigentum von Mitgliedern oder an vom Verein genutzten Sportanlagen, haftet es dafür.
12. Die Mitgliedschaft endet durch Befristung, Austritt, Ausschluss oder Tod, bei korporativen Mitgliedern ggf. auch durch Auflösung und Erlöschen.
Der Austritt kann außer bei Befristung nur schriftlich zu Austrittsterminen erklärt werden, die in der Beitragsordnung festzulegen sind.
13. Ein Mitglied kann auf gemeinsamen Beschluss von Vorstand und Mitgliederbeirat aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn das Mitglied
 - satzungsgemäße Verpflichtungen nicht erfüllt oder Beschlüsse und Anordnungen des Vereins missachtet,
 - in grober Weise gegen die Vereinsinteressen verstößt oder sich grob unfair verhält.
14. Darüber hinaus kann ein Mitglied von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz schriftlicher Mahnung mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrages in Höhe von zwei Quartalsbeiträgen im Rückstand ist. Die Streichung erfolgt dann zum nächstmöglichen Termin eines regulären Austrittstermins gemäß Beitragsordnung.
15. Mit Ende der Mitgliedschaft erlöschen alle Ansprüche aus der Mitgliedschaft ohne aufschiebende Wirkung. Eine Rückzahlung von Beiträgen und Spenden ist ausgeschlossen.
16. Für Trainingskurse und Zusatzangebote des Vereins, sowie für die Nutzung von vom Verein verwalteten Sportanlagen können Gebühren erhoben werden. Über die Gebühren entscheidet der Vorstand.

§ 7 Organe

des Vereins sind

Mitgliederversammlung (§ 8),
Beachrat (§9),
Vorstand (§ 10)

§ 8 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung hat sich mit Grundsatzfragen des Vereins zu befassen.
2. Die weiteren Aufgaben sind die Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstands und des / der mit der Kassenprüfung Beauftragten sowie Erteilung der Entlastung des Beachrats.
3. Ordentliche Mitglieder ab vollendetem 16. Lebensjahr sind berechtigt, Anträge an die Mitgliederversammlung zu stellen. Anträge müssen spätestens 7 Tage vor der Mitgliederversammlung an die Postanschrift oder Emailadresse des Vereins zugegangen sein. Über die Behandlung von Anträgen, die erst auf der Versammlung gestellt werden, wird mit einfacher Mehrheit entschieden.
4. Versammlungsleiter ist der Vorstandsvorsitzende, im Verhinderungsfall ein anderes Vorstandsmitglied. Bei deren Verhinderung übernimmt der Beachratsvorsitzende die Versammlungsleitung, im Verhinderungsfall ein anderes Beachratsmitglied.
5. Nur ordentliche Mitglieder ab vollendetem 16. Lebensjahr haben Stimmrecht auf der Mitgliederversammlung. Stimmrechte sind nicht übertragbar.
6. Außerordentliche und korporative Mitglieder haben kein Stimmrecht, aber Teilnahmerecht in der Mitgliederversammlung, können aber in Arbeitsgruppen berufen werden und so an der Vereinsarbeit mitwirken.
7. Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal jährlich statt. Der Termin ist rechtzeitig vom Vorstand bekanntzugeben und die Einladung mit Tagesordnung mit einer Mindestfrist von 14 Tagen per Mail zugesandt werden. Damit gilt sie den Mitgliedern als zugegangen.
8. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet auf Beschluss des Vorstandes oder begründetem Antrag von mindestens einem Viertel der Mitglieder statt. Der Vorstand muss spätestens 14 Tage nach Eingang beim Verein einladen.
9. Jede ordnungsgemäß einberufene Versammlung ist unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
10. Als abgegebene Stimmen gelten nur die Ja- und Nein-Stimmen.
11. Generell werden Beschlüsse der Organe jeweils mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gefasst. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Bei Satzungsänderungen und Änderungen der bisherigen Vereinsaufgaben gilt eine Zweidrittelmehrheit.
12. Die Mitgliederversammlung hat den Haushaltsplan für das laufende Geschäftsjahr zu genehmigen.
13. Die Mitgliederversammlung wählt aus den Reihen der ordentlichen volljährigen Mitglieder die Mitglieder des Beachrats. Beachratsmitglieder können jeweils nach 2 Jahren wiedergewählt werden.
14. Die Mitgliederversammlung kann Ehrenmitglieder ernennen.
15. Beschlüsse sind von einem in der Versammlung zu benennenden Protokollanten zu protokollieren und vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen.
16. Die Mitgliederversammlung kann ausdrücklich auch digital durchgeführt werden, sofern allen Mitgliedern ein Zugang möglich ist. Es gelten dieselben Regelungen, wie bei einer analogen Mitgliederversammlung. Eine digitale Teilnahme an der analogen Mitgliederversammlung kann unter besonderen Umständen ermöglicht werden. Ein Antrag für eine digitale Teilnahme ist dem Versammlungsleiter mind. 7 Tage vor der Versammlung vorzulegen.

§9. Beachrat

1. Der Beachrat besteht aus mindestens drei und maximal 7 Personen.
2. Die Beachratsmitglieder müssen die ideellen Grundsätze, Ziele und Satzungszwecke des Vereins anerkennen und nachhaltig fördern wollen.
3. Mitglied des Beachrats kann nur sein, wer nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter des Vereins ist. Beachratsmitglieder, die nach ihrer Wahl in den Beachrat sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter des Vereins werden, scheiden mit Beginn dieses Arbeitsverhältnisses aus dem Beachrat aus.
4. Die Amtsdauer des Beachrats beträgt zwei Jahre. Die Beachratsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung gewählt. Wiederwahl ist möglich. Der Beachrat bleibt bis zur Neuwahl eines neuen Beachrats im Amt.
5. Der Beachrat wählt einen Beachrats-Vorsitzenden aus seiner Mitte.
6. Beachratssitzungen finden in von dem Beachrat selbst zu bestimmenden Abständen statt – mindestens jedoch zweimal jährlich. Er ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß vom Vorsitzenden des Beachrats oder dem Vorstand eingeladen worden ist. Die Einladung erfolgt schriftlich oder per E-Mail mit einer Frist von zwei Wochen.
7. Der Beachrat entscheidet durch mehrheitlichen Beschluss, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Beschlüsse über die Bestellung der Mitglieder des Vorstandes und/oder deren Abberufung bedürfen in jedem Fall der Mehrheit von 2/3 der Mitglieder des Beachrats.
8. Außerhalb von Sitzungen sind Beschlussfassungen schriftlich, per Fax oder per E-Mail möglich, wenn kein Mitglied des Beachrats diesem Verfahren in einer angemessenen Frist widerspricht. Das Ergebnis der Beschlussfassung ist den Mitgliedern des Beachrats alsbald schriftlich mitzuteilen. Beschlüsse des Beachrats sind zu protokollieren.
9. Die Tätigkeit der Mitglieder des Beachrats kann vergütet werden. Über Art und Höhe der Vergütung beschließt die Mitgliederversammlung (bspw. Ehrenamtszuschale).
10. Der Beachrat kann sich eine Geschäftsordnung, eine Beitragsordnung und einen Anlagenordnung geben, in welcher Regelungen zur Einladung des Beachrats, Aufgaben der Beachräte und mögliche Übertragungen von Aufgaben und Zuständigkeiten auf einen geschäftsführenden Vorstand enthalten sind.
11. Der Beachrat hat die Funktion der Überwachung, Kontrolle und Beratung des Vorstands inne. Bestimmte Geschäfte können vom Beachrat in seinen Ordnungen als bestätigungspflichtig festgelegt werden. An diese Ordnungen ist der Vorstand gebunden.
12. Der Beachrat genehmigt den Haushaltsplan und den Jahresabschluss.

§10. Vorstand

1. Der Vorstand ist zuständig für alle Angelegenheiten, die nicht durch Gesetz oder die gegenwärtige Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Insbesondere führt er die laufenden Geschäfte des Vereins.
2. Die Mitglieder des Vorstands werden durch Beschluss des Beachrates jeweils einzeln bestellt und abberufen.
3. Der Vorstand im Sinne von § 26 BGB besteht aus mindestens einer Person. Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich. In Rechtsgeschäften mit Mitgliedern des Vorstands wird der Verein vom Beachrat vertreten. Die Mitglieder des Vorstands sind einzeln vertretungsberechtigt.
4. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Wenn der Vorstand aus mehr als einer Person besteht, ist der Vorstand auch beschlussfähig, wenn nicht alle Vorstandsmitglieder anwesend sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des/der

- Beachratsvorsitzenden. Beschlüsse des Vorstands können bei Eilbedürftigkeit auch schriftlich oder fernmündlich gefasst werden. Vorstandsbeschlüsse sind schriftlich niederzulegen.
5. Der Vorstand oder der Beachrat kann den Mitgliedern des Vorstands bestimmte Aufgaben zuweisen und seine Mitglieder können entsprechenden Bezeichnungen führen. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, können die Vorstandsmitglieder einen Vorsitzenden bestimmen.
 6. Der Vorstand kann für gewisse Geschäfte einen besonderen Vertreter im Sinn des § 30 BGB bestellen. Sein/Ihr Aufgabenkreis und der Umfang seiner Vertretungsmacht werden bei der Bestellung festgelegt.
 7. Die Tätigkeit der einzelnen Vorstandsmitglieder kann in Abhängigkeit von den finanziellen Möglichkeiten des Vereins bei Bedarf entgeltlich auf der Grundlage eines Dienst- oder Arbeitsvertrags oder gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach § 3 Nr. 26a EStG ausgeübt werden. Die Vergütung darf unter Berücksichtigung des Arbeitsaufwands und der Mittel nicht unverhältnismäßig hoch sein. Über die Vergütung und den zu schließenden oder zu ändernden Dienstvertrag mit dem Vorstandsmitglied entscheidet der Beachrat.
 8. Der Vorstand erstattet dem Beachrat mind. einmal jährlich Bericht. Vorstandsmitglieder können an Beachratssitzungen ohne Stimmrecht teilnehmen.

§ 11 Auflösung des Vereins

1. Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung mit einer Dreiviertelmehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder aufgelöst werden.
2. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder an eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung des Sports.

§ 12 Schlussbestimmungen

Sollte die Satzungsfassung bei Eintragung in das Vereinsregister und / oder bei der Hinterlegung beim Finanzamt für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit verwehrt bleiben, so ist der Vorstand berechtigt, die erforderlichen Änderungen der Satzung eigenständig ohne Beteiligung der Mitgliederversammlung durchzuführen.

Die Mitgliederversammlung des 1. Beachclub Kiel e.V diese Satzung am 14.06.2024 beschlossen.

Beitragsordnung des 1. Beachclubs Kiel e.V.

§1 Grundlage

Die Regelungen dieser Beitragsordnung finden ihre Grundlage in §4 und §7 der Satzung. Die Beitragsordnung regelt alle Einzelheiten über die Pflichten der Mitglieder zur Entrichtung von Beiträgen und Gebühren an den Verein. Sie ist Bestandteil der Beitrittserklärung.

§2 Beschluss

Der Mitgliedsbeitrag, die Aufnahmegebühren und mögliche Spartenbeiträge werden von der Mitgliederversammlung beschlossen. Gebühren bestimmt der Vorstand.

§3 Erhebung der Beiträge

1. Die Mitgliedsbeiträge werden vierteljährlich erhoben. Sie werden jeweils zum 1. Januar, 1. April, 1. Juli, 1. Oktober für das folgende Quartal vom Konto des Mitglieds abgebucht. Hierfür wird das SEPA-Lastschriftverfahren verwendet. Die Zustimmung dazu ist teil des Aufnahmeantrags und für alle beitragspflichtigen Mitglieder verpflichtend.
2. Für neue Mitglieder wird der Mitgliedsbeitrag ab dem laufenden Monat berechnet, in dem der Mitgliedsantrag gestellt wurde. Der Beitrag wird unmittelbar nach Beginn der Mitgliedschaft eingezogen.
3. Gebühren werden entweder zusammen mit den Mitgliedsbeiträgen eingezogen oder unmittelbar vor/nach Leistungserhalt entrichtet. Näheres regelt der Vorstand.
4. Für zusätzliche Sportangebote (Sportkurse, Veranstaltungen) gelten gesonderte Gebühren, die im Einzelnen vom Vorstand festgelegt werden.

§4 Kündigung

1. Eine Kündigung der Mitgliedschaft ist jeweils zum 31. März, 30. Juni, 31. September, 31. Dezember des Jahres mit einer Frist von 28 Tagen zum Austrittsdatum möglich.
2. Eine Rückerstattung bereits gezahlter Beiträge wegen Kündigung ist ausgeschlossen.

§5 Beiträge

1. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 10,00€ pro Monat
2. Jugendliche unter 17 Jahren zahlen einen ermäßigten Beitrag von 5,00€ pro Monat
3. Beim Eintritt in den Verein wird eine Aufnahmegebühr von 10,00€ fällig
4. Wird mehrfach wieder in den Verein eingetreten erhöht sich die Aufnahmegebühr bei jedem Wiedereintritt um 5,00€

§6 Freistellung

1. Auf Grundlage von §4 der Satzung können Mitglieder von der Zahlung von Beiträgen befreit werden.

§7 Datenschutz

Die Mitgliederverwaltung erfolgt durch Datenverarbeitung (EDV). Die personengeschützten Daten der Mitglieder werden entsprechend dem Bundesdatenschutzgesetz gespeichert.

Diese Beitragsordnung wurde von der Mitgliederversammlung am 05.05.2023 beschlossen.